

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 207

29. Oktober 1982

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zum Wahlsieg der spanischen Sozialisten.

Seite 1

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, weist die Straußforderung nach Verschärfung der Wahlzulassungs-Kriterien zurück.

Seite 2

Manfred Dammeyer MdL, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich, verurteilt die arbeiterfeindliche Bildungspolitik der Bundesregierung.

Seite 3

Dr. Anke Martiny MdB zum Verhältnis Kohls zu den Frauen: In der Regierungserklärung kam das weibliche Geschlecht erst ganz zum Schluß zur Sprache.

Seite 4

Dokumentation

Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg zur Selbsthilfe.

Seite 5

Glückwunsch für Spaniens Sozialisten

Felipe Gonzalez kann auf seine deutschen Freunde rechnen

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Mit überwältigender Mehrheit hat der spanische Wähler den Sozialdemokraten und ihrem Spitzenkandidaten Felipe Gonzalez das Vertrauen ausgesprochen und den spanischen Sozialisten das Mandat zur Übernahme der Regierung erteilt.

Dies ist ein glücklicher Tag für Spanien und die europäische Sozialdemokratie.

Wir verkennen nicht, daß auch den bisherigen bürgerlichen Regierungen ein Verdienst für die Stabilisierung der Demokratie in Spanien zukommt. Wir appellieren an alle künftigen Oppositionsparteien, ihrer Verpflichtung für die Erhaltung der Demokratie auch in der Unterstützung einer von Sozialisten geführten Regierung gegenüber demokratiefeindlichen Kräften gerecht zu werden.

Nach den gescheiterten Versuchen der bisherigen Regierungen mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen Spaniens fertig zu werden, ist der Ausgang dieser Wahl eine Absage an den Konservatismus, an Rückständigkeit, die Unfähigkeit zu Reformen und ein deutlicher Vertrauensbeweis für ein Programm des Fortschritts, der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung, wie es die spanische Sozialdemokratie verkörpert.

Versuche eines Putsches von rechts sind noch vor der Wahl aufgedeckt worden. Die Gefahren für die junge spanische Demokratie sind sicherlich noch nicht beseitigt. Aber der Wähler hat durch sein Votum allen diesen Kräften eine deutliche Absage erteilt.

Unser Freund Felipe Gonzalez kann bei den schweren Aufgaben, die vor ihm liegen wie bisher auf die Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten rechnen. Wir werden weiterhin engagierte Befürworter eines baldigen Beitritts Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft bleiben. (-/29.10.1982/ks/rs)

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

+ + +

Konrad Adenauer
Institut für
Europäische
Politik



Scharfmacher

Strauß-Vorschlag zur Verschärfung der Wahlzulassung ist abzulehnen

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Der CSU-Vorsitzende Strauß hat die Verschärfung der Bestimmungen für die Wahlzulassung von Parteien vorgeschlagen und sich damit einmal mehr in bedenklicher Weise als politischer Scharfmacher betätigt. Ohne große Mühe und mit Hilfe seiner Administration in München hätte er unschwer feststellen können, daß das Grundgesetz sowie das Parteiengesetz und unser Wahlrecht den Rahmen für die Wahlzulassung von Parteien und politischen Gruppierungen durchaus hinreichend abstecken. Strauß macht es sich nicht nur zu leicht, wenn er nach Verschärfung der Zulassungsbestimmungen ruft. Sein Vorstoß ist auch politisch bedenklich und selbstentlarvend.

Wenn er davon überzeugt ist, daß eine Partei nicht auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht, gibt es die Möglichkeit, ihre Verfassungswidrigkeit beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe feststellen zu lassen mit der Konsequenz des Parteiverbotes.

Auch Strauß sollte nicht den Eindruck erwecken, daß es ihm darum geht, mit unerwünschten Parteien über verschärfte Wahlzulassungsbestimmungen "kurzen Prozeß" machen zu können.

Aber Franz Josef Strauß muß sich nicht nur an die Notwendigkeit zu korrektem rechtsstaatlichen Verhalten erinnern lassen. Es geht auch um die Frage der politischen Opportunität. Man sollte weiterhin bereit sein, auch wenn es einem persönlich gegen den Strich geht, sich mit den verschiedenen Gruppierungen am linken und rechten Rand unseres Parteienspektrums nicht in erster Linie juristisch-administrativ sondern politisch-kämpferisch auseinanderzusetzen. Die offene politische Feldschlacht ist in der Regel dem Parteienverbot vorzuziehen.

Vor Manipulationen am Wahlzulassungsverfahren ist in jedem Falle dringend zu warnen. Dies verbietet - wie gesagt - nicht nur das Selbstbewußtsein der demokratischen Parteien.

Die von CDU/CSU und FDP getragene neue Bundesregierung ist der erste Adressat der Forderung von Strauß. Sie sollte unverzüglich klar und deutlich sagen, was von seinem Vorschlag zu halten ist - nämlich nichts.

(-/29.10.1982/ks/rs)

+ + +



Numerus clausus contra Bildungsbereitschaft

Wie die Union Arbeiterkinder von den Hochschulen verdrängen will

Von Manfred Dammeyer MdL

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Bildungspolitik und
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB)

Vor Jahren gingen die Prognosen für die Studentenzahlen davon aus, daß wahrscheinlich um 800.000 Studenten zu Anfang der 80er Jahre studieren würden. Mittlerweile studieren etwa 1,1 Millionen und das ist noch nicht der Höhepunkt. Bisher erwartete man einen Studenten-berg, aber es gibt wohl eher einen Studentenhöhenzug oder ein Studentengebirge. Und das wird frühestens zu Beginn der 90er Jahre abflachen.

Sozialdemokraten haben seit dem Ende der 60er Jahre - mit gutem Erfolg - dafür gekämpft, daß der Zugang zur Hochschule allen qualifizierten Jugendlichen offen steht. Auch die heutigen Schulabsolventen müssen genauso studieren können wie frühere Jahrgänge auch. Es darf nicht vom Geburtsjahr abhängen, ob jemand entsprechend seiner Fähigkeiten ausgebildet wird oder nicht.

Nach dem gezielten Auf- und Ausbau der Hochschulen in den letzten Jahren und nach den Anstrengungen, auch mittels des zentralen Verteilungsverfahrens möglichst alle Studienbewerber im Studiengang und am Studienort ihrer Wahl unterzubringen, werden jetzt weitere Überlegungen fällig, wie die anwachsende und anhaltend große Zahl künftiger Studenten unterzubringen ist.

Von CDU-Kultusministern hörte man bisher nur den "Vorschlag", den Zugang zum Jura-Studium zu begrenzen, so vom baden-württembergischen Wissenschaftsminister Herzog. Und weil dann abgewiesene Jura-Interessenten auf andere Studiengänge übergehen würden, sollen nach Herzogs Plänen die vermutlich am stärksten betroffenen Studiengänge der Betriebs- und Volkswirtschaft auch dicht gemacht werden. Solch bewußt gewollt und gesetzter Numerus clausus löst nicht, sondern verschärft die Probleme.

Mit diesem Konzept würde auch die Bildungsbereitschaft neuer, mittlerweile erschlossener, Bevölkerungskreise wieder gestoppt. Der Numerus clausus beim Jura-Studium würde - einer römischen Fontäne gleich - alle Hochschulstudiengänge dicht machen und auch auf das duale System überschwappen. Die Vorschläge der CDU werden alle Bemühungen der letzten Jahre zunichte machen, sie werden auch erneut sozialer Selektion Tür und Tor öffnen.

Demgegenüber zeugt der Vorschlag von Hans Schwier, dem sozialdemokratischen Wissenschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, von Verantwortungsbewußtsein. Es ist richtig, alles zu versuchen, daß alle Studenten an den Hochschulen ausgebildet werden können. Seine Vorschläge, daß dafür die Hochschullehrer etwas mehr lehren - zwölf statt acht Stunden Lehrdeputat - und die Hochschulen intensiver genutzt werden sollen - vier statt fünf Monate vorlesungsfreie Zeit im Jahr - sind richtig. Die CDU-Kultusminister müssen sagen, wie sie Schwiers Vorschläge verbessern wollen, nicht aber, wie sie die Hochschulen dicht machen wollen.

Über die solidarische Verpflichtung aus dem Generationenvertrag darf man nicht nur reden, man muß ihr nachkommen. Die soziale Auslese, die hier mit "ordnungspolitischen" Argumenten verdeckt wird, würde die Arbeiterkinder wieder von den Hochschulen verdrängen. Dies werden wir nicht zulassen.

(-/29.10.1982/hf/rs)

+ + +



Kohl und die Frauen -----

In der Regierungserklärung des neuen Kanzlers waren sie das allerletzte

Von Dr. Anke Martiny
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die letzte Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung des neuen Kanzlers hat es wieder einmal gezeigt; Frauen sind wirklich das letzte!

Im Text des konservativen Kanzlers kamen sie kaum vor, allerdings sind ihre menschlichen Werte (und wer kann diese schon bezahlen!) wieder gefragt. Und in der Debatte kam am 2. Tag, abends gegen 19.00 Uhr, die große Stunde der Frauen; dann folgten zum Komplex Sozial- und Bildungspolitik gleich vier von ihnen dicht aufeinander, natürlich bei ausgeschalteten Fernsehkameras.

Versucht man, den Debattenverlauf einmal aus der Perspektive einer Rentnerin, einer vielleicht 30jährigen Hausfrau, einer Studentin oder einer Schülerin mit Schwerpunkt Sozialkunde zu sehen, dann ließe sich der Eindruck vielleicht in folgende Worte fassen: "Da lösen die Platzhirsche wiederum die Probleme der Welt - hart, polemisch, sehr männlich, nicht immer sehr sympathisch - und über unsere Köpfe reden sie hinweg!" - Dieser Eindruck ist um so bedauerlicher, als in den Wochen zuvor gerade Frauen im Parlament gezeigt haben - was draußen sehr wohl empfunden wurde -, daß sie politischen Anstand und Moral, Standfestigkeit, Überzeugungstreue, Klugheit und menschliche Ausstrahlung nicht bloß vorführen, sondern verkörpern können.

Aufgrund dieses Eindrucks sollten sich insbesondere die sozialdemokratischen Parteistrategen folgende Punkte sehr genau überlegen und daraus ihre Schlüsse ziehen:

1. Bei der letzten Bundestagswahl, aber - soweit es die Analysen bisher zeigen - auch bei der Hessen-Wahl haben mehr Frauen als Männer SPD gewählt. Dies ist kein Dauerabonnement, sondern dazu muß die Partei in Zukunft etwas tun.
2. Bei den Grünen und Alternativen sind annähernd 50 Prozent der Aktiven weiblichen Geschlechtes, und die sind nicht bloß hübsch wie Petra Kelly oder Regula Schmid-Bott, sondern viele von ihnen haben eine sehr warme menschliche Ausstrahlung, gesunden Menschenverstand und Witz, was in den letzten Jahren nicht gerade zu den kennzeichnenden Merkmalen sozialdemokratischer parteipolitischer Arbeit zählte. Und ist es nicht vielfach gerade diese verkörperte Menschlichkeit, die der neuen Bewegung ihre Anhänger zutreibt?
3. Die weiblichen Mandatsträger der SPD müssen in ihren Wahlkreisen genauso häufig wie ihre männlichen Kollegen politische Grundsatzreden halten: Sie können das also. Warum werden sie dann in der Fraktionsmitarbeit so beengt eingesetzt? Die bedeutende Sozialdemokratin Elisabeth Selbert beklagte schon vor Jahren, daß bisher niemals eine Frau zum "Bericht zur Lage der Nation" gesprochen habe. Besteht die Nation nur aus Männern, oder muß es bis zum St. Nimmerleinstag so bleiben, daß die Männer der Nation immer stellvertretend für die Frauen mitsprechen? Deshalb bleibt es mein dringender Appell: Amputiert die SPD nicht, weder nach innen noch nach außen: beteiligt die Frauen der Fraktion sichtbar, damit die Frauen draußen sich beteiligt fühlen!
(-/29.10.1982/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In einem Positionspapier hat die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg ihre Auffassung zu Selbsthilfegruppen dargelegt. Das Papier stammt von Werner Weinmann MdL, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion. Wir dokumentieren den Text:

Selbsthilfegruppen - Partner bei der Bewältigung sozialer Aufgaben in Baden-Württemberg

I. Allgemeines

Mit dem vorliegenden Positionspapier will die SPD-Landtagsfraktion zur Förderung des Selbsthilfegedankens beitragen. Sie erhofft sich davon eine Anreizwirkung zur Bildung von Selbsthilfegruppen. Dabei läßt sie sich von dem Grundgedanken leiten, daß

- eine vorausschauende Sozialplanung notwendig ist und die Organisationsstruktur sowie die Finanzierung der sozialen Dienste den veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen angepaßt werden müssen;
- eine wirksame und kostengünstige Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge auf der örtlichen Ebene in Zukunft ein geordnetes und kontinuierliches Zusammenwirken der öffentlichen Sozialleistungsträger, der freien Wohlfahrtsverbände und der Selbsthilfegruppen voraussetzt;
- die vorbeugende Sozialpolitik verstärkt werden muß, weil dadurch die sozialen Kosten und Folgekosten vermindert werden;
- die Bereitschaft der Bürger - insbesondere der Jugendlichen und älteren Mitbürger - zu nachbarschaftlicher Hilfe und zur Selbsthilfe mehr als bisher gefördert und aktiviert werden muß.

II. Sozial- und gesellschaftspolitische Bedeutung der Selbsthilfegruppen

Die Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg wird auch künftig vorrangig Aufgabe des Landes, der Landkreise und Gemeinden sowie der freien Wohlfahrtsverbände sein.

Andererseits zeigen die zunehmenden Selbsthilfeinitiativen in unterschiedlichen sozialen Bereichen, daß die öffentlichen Sozialleistungsträger und die freien Wohlfahrtsverbände nicht alle Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge bewältigen können.

Selbsthilfegruppen nehmen in der Regel Aufgaben wahr, die von der traditionellen Sozialarbeit aus unterschiedlichen Gründen (nicht ausreichende finanzielle oder persönliche Mittel, fehlende Bürgernähe, unterschiedliche inhaltliche Zielsetzungen) nicht wahrgenommen oder vernachlässigt werden. Sie sind somit eine sinnvolle und häufig unverzichtbare Ergänzung zu den herkömmlichen sozialen Diensten.

Selbsthilfegruppen bieten Raum für selbständiges und eigenverantwortliches Handeln. Sie tragen dem wachsenden Bedürfnis nach gemeinde- und familiennahen Organisationsformen Rechnung. Nicht zuletzt deshalb sind es häufig Jugendliche, von denen die Initiative zur Bildung von Selbsthilfegruppen ausgeht. Zudem ist im Hinblick auf den steigenden Anteil älterer Mitbürger in unserer Gesellschaft und den sich daraus ergebenden sozialen Problemen zu erwarten, daß sich vermehrt alte Menschen zu Selbsthilfegruppen zusammenschließen.

Aufgrund der in der Regel sehr engen und intensiven persönlichen Beziehungen und Bindungen innerhalb von Selbsthilfegruppen tragen diese insgesamt zu mehr Menschlichkeit in den sozialen Beziehungen bei. Selbsthilfegruppen können unbürokratisch und flexibel arbeiten.

Zahlreiche Selbsthilfegruppen sind vorbeugend tätig. Sie wirken sozialen Schäden entgegen und entlasten so die Sozialhaushalte.

Im Hinblick auf die wachsende Bereitschaft, soziale Probleme eigenverantwortlich zu lösen, ist davon auszugehen, daß vorhandene Selbsthilfeaktivitäten erweitert und neue Felder für Selbst- und Nachbarschaftshilfe erschlossen werden.



III. Selbsthilfegruppen in Baden-Württemberg

1. Derzeitige Situation

Obwohl sich die Landesregierung ständig zum Subsidiaritätsprinzip bekennt und die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe zu einem ihrer sozialpolitischen Leitsätze erhoben hat, fehlt es bisher an der sozialpolitisch gebotenen Unterstützung nicht nur der freien Wohlfahrtsverbände, sondern auch der Selbsthilfegruppen durch das Land. So hat eine Stellungnahme des Sozialministeriums auf eine entsprechende parlamentarische Initiative der SPD-Landtagsfraktion ergeben, daß in Baden-Württemberg derzeit 659 Selbsthilfegruppen bestehen (davon allein 407 im Bereich der Suchtkrankenhilfe), diese aber im Jahre 1982 lediglich 983.600 DM Landesmittel erhalten sollen. Auf eine Selbsthilfegruppe entfallen somit durchschnittlich nicht einmal 140 DM Zuschuß pro Monat.

2. Konzept für die Förderung von Selbsthilfegruppen

Idealismus und Eigenleistung der Mitglieder von Selbsthilfegruppen reichen vielfach nicht aus, um Sozialleistungen anstelle von staatlichen und kommunalen Trägern oder freien Verbänden wirksam zu erbringen. Hinzu kommt, daß Selbsthilfegruppen zwar in vielen Fällen bei öffentlichen Stellen um Unterstützung nachfragen, dabei jedoch häufig die Erfahrung machen, daß sich "niemand" für ihre Probleme zuständig fühlt. Auch behördliches Mißtrauen gegenüber unkonventionellem Denken und Handeln trägt mit dazu bei, daß den Selbsthilfegruppen die notwendige Hilfe vielfach versagt bleibt. Vernünftige Ansätze für Selbsthilfeaktivitäten werden deshalb oft nicht weiterentwickelt, obwohl sozialpolitischer Bedarf für sie besteht.

Die SPD-Landtagsfraktion ist der Auffassung, daß das bestehende und sich noch entwickelnde Selbsthilfepotential nur dann gestärkt werden kann, wenn den Selbsthilfegruppen angemessene Hilfe gewährt wird.

Statt bloßer verbaler Bekenntnisse zugunsten des Subsidiaritätsprinzips fordert die SPD-Landtagsfraktion von der Landesregierung die Erarbeitung eines Konzepts zur systematischen, an einheitlichen Maßstäben ausgerichteten Förderung von Selbsthilfegruppen durch das Land. Bei der Erstellung des Konzepts sind die Liga der Freien Wohlfahrtspflege und die kommunalen Landesverbände zu beteiligen. Das Konzept sollte im wesentlichen die Voraussetzung für die Förderung von Selbsthilfegruppen sowie die Grundsätze für eine Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen mit staatlichen und kommunalen Aufgabenträgern sowie den freien Wohlfahrtsverbänden enthalten.

Beispiele für Selbsthilfegruppen in Baden-Württemberg

1. Kontaktgruppen der Aktion Multiple Sklerose Erkrankter - AMSEL -

Die 31 Kontaktgruppen der AMSEL in Baden-Württemberg verfolgen das Ziel, MS-Kranke durch Beratung und Betreuung bei der Überwindung ihrer persönlichen Schwierigkeiten zu helfen.

2. Frauenselbsthilfe nach Krebs

In Stuttgart haben sich 300 Frauen aus dem Mittleren Neckarraum, die an Krebs erkrankt waren, zu einer Selbsthilfegruppe zusammengeschlossen. Die Frauen, die von ehrenamtlichen Helfern mitbetreut werden, leisten sich gegenseitig Hilfe bei der Bewältigung ihrer psycho-sozialen Probleme.



3. Selbsthilfe von Alkoholikern

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen Franken besteht aus 19 Selbsthilfegruppen, in denen sich alkoholgefährdete Personen zusammengeschlossen haben. Verhaltenstraining gehört ebenso zum Programm der Gruppen wie gemeinsame Freizeitaktivitäten.

4. Selbsthilfe psychisch Kranker

In der Selbsthilfegruppe Meseno in Heilbronn haben ehemalige psychische Kranke aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen ein sozial-therapeutisches Konzept für die Arbeit mit psychisch Kranken entwickelt. Die Gruppe betreut ständig 25 bis 30 Personen.

5. Soziale Betreuung von arbeitslosen Mädchen

In Ludwigsburg besteht eine Initiativgruppe für die soziale Betreuung von arbeitslosen Mädchen. Die Gruppe, die von der Arbeiterwohlfahrt fachlich betreut und unterstützt wird, hilft den arbeitslosen Mädchen bei der Suche nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

6. Frauenhausinitiative Heidelberg

Die Initiative, die Mitglied der Frauenselbsthilfegruppe "Frauen helfen Frauen e.V." in Heidelberg ist, hilft Frauen und Kindern, die von ihren Männern beziehungsweise Vätern mißhandelt worden sind. Die Initiative verfolgt vor allem das Ziel, die Frauen und Kinder sozial zu stabilisieren, damit sie sich wieder in der Gesellschaft zurechtfinden können.

(-/29.10.1982/va-he/va)

+

+

+

